



<https://blz.li/3zei>

BÜRGERMEISTERIN IST ENTTÄUSCHT: SPRACHLERNKLASSE IN JEINSEN WIRD NICHT EINGERICHTET

Veröffentlicht am 21.01.2016 um 12:44 von Redaktion LeineBlitz

Die für das zweite Halbjahr angekündigte Sprachlernklasse in Jeinsen kann nun doch nicht eingerichtet werden. Grund dafür ist eine Forderung des Landes, von der bedauerlicherweise keine Abweichung möglich ist: Als zwingende Voraussetzung für die Einrichtung einer solch zentralen Sprachlernklasse wurde die Stadt Pattensen verpflichtet, für die Schüler, die an der Sprachlernklasse teilnehmen, einen Einzeltransport einzurichten. Trägerin der Schülerbeförderung ist die Region Hannover, die allerdings ausschließlich Fahrkarten für den ÖPNV für die Schüler finanziert, die Mehrkosten für einen Individualtransport verblieben somit bei der Stadt Pattensen. Dies müsste über die gesamte Dauer des



Bestehens der Sprachlernklasse erfolgen. Leider wird damit die großzügige Regelung der Landesschulbehörde ad absurdum geführt, die ermöglichen sollte, Schüler aus verschiedenen Grundschulen zentral in einer Schule zu unterrichten und gemeinsam auf die Regelbeschulung vorzubereiten. "Obwohl bereits eine Nutzungsgenehmigung für die Räume in der Grundschule Jeinsen vorliegt, müssen wir nun auf die Variante 'zusätzlicher Sprachunterricht vor Ort' in den Schulen zurückgreifen. Das ist sehr schade und für uns nicht nachvollziehbar", sagt Jörg Laszinski, zuständiger Fachbereichsleiter. Bürgermeisterin Schumann ist enttäuscht: "Da öffnet das Land auf der einen Seite erfreulicherweise eine Tür, die uns die Möglichkeit bietet die Flüchtlingskinder auch im ländlichen Bereich mit der Möglichkeit zu einem guten und schnellen Spracherwerb zu versorgen, und schlägt sie mit der nächsten Regelung kurz vor der Umsetzung vor unserer Nase wieder zu. Das ist ärgerlich und praxisfern." Die Bürgermeisterin vermisst wieder einmal den so oft versprochenen Pragmatismus. Das Land wird nun den Stammschulen der betroffenen Schüler zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung stellen. Über Umfang und Umsetzung ist noch nichts näheres bekannt. "Ich sehe diese weitere Belastung der sogenannten Stammschulen sehr kritisch und hätte mir gewünscht, dass die Schulen durch eine vorgeschaltete zentrale Lösung bei der Integrationsarbeit entlastet werden", sagt Schumann. "Wir werden genau beobachten, wie sich diese Regelung in der Praxis auswirkt und weiter auf eine verträglichere und gleichberechtigte Lösung dringen. Im Interesse der Kinder und der Schulen", kündigt sie an.